

Die Linke

Erfstadt
erftstadt-links.de

Finanzen

Ein Maßnahmenpaket
für Erfstadt.

Grundsatzpositionen

Viele Kommunen leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Dies führt in beinahe allen Regionen des Landes dazu, dass etliche Kommunen die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten bzw. die Bedürfnisse vor Ort nicht mehr ausreichend bedienen können. Ihre Handlungsfähigkeit ist stark eingeschränkt und oftmals wird nur noch der Mangel verwaltet. Einige Kommunen können nicht einmal mehr ihren pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben nachkommen. Deshalb müssen die Kommunen wieder in die finanzielle Lage versetzt werden, um ihre Aufgaben zu erfüllen: Kindertagesstätten und Schulen, der öffentliche Nahverkehr und die Wasserversorgung, Kultur und Sport, Feuerwehr und Rettungsdienst, Straßen und Radwege, das alles und noch viel mehr gehört in ihren Aufgabenbereich und zur öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen.

Die Aufnahme von Kassenkrediten steigt bundesweit kontinuierlich an. Lagen diese 1992 noch bei 1,4 Milliarden Euro, waren es Anfang 2015 schon über 51 Milliarden Euro, wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 2016 ermittelte. 2020 werden Kassenkredite von über 70 Milliarden Euro erwartet. Kassenkredite werden längst nicht mehr als kurzfristige Finanzierungshilfe genutzt, sondern sind zum festen Bestandteil der Finanzierung laufender Ausgaben geworden. Die Stadt Essen hat beispielsweise Kassenkredite im Wert von 2,4 Milliarden Euro (Stand Juli 2017). Dies zeigt eine erhebliche Ungleichentwicklung zwischen wirtschaftlich starken und weniger leistungsfähigen Kommunen. In Erfstadt kämpfen wir mit zudem mit einem Eigenkapitalverzehr der unsere Stadt, sofern dieser nicht aufgehalten wird, in den nächsten Jahren schlicht handlungsunfähig machen würde. Das oft als einfach und schnell betrachtete Mittel des „Ausverkaufs“ der Kommunen ist jedoch keineswegs eine nachhaltige Lösung, um den Eigenkapitalverzehr aufzuhalten. Rekommunalisierung, Kauf statt Miete, Erbbau statt Verkauf und Eigenleistung statt Outsourcing sind die richtigen Maßnahmen, um eine Stadt langfristig in eine stabile und vor allem planbare Finanzlage zu bringen.

Neben unzähligen Fehlinvestitionen und Fehlentscheidungen auf kommunaler Ebene ist auch die Bundespolitik für diese Misere verantwortlich. Diverse Bundesregierungen haben den Kommunen im Sozialbereich Aufgaben übertragen, beziehungsweise die Aufgaben erweitert, ohne deren Finanzierung sicherzustellen. In den vergangenen zehn Jahren sind so z.B. die Sozialausgaben in den Kommunen um über 50 Prozent gestiegen. 2014 zahlten die Kommunen bundesweit rund 78 Milliarden Euro an Sozialleistungen, Tendenz weiter steigend. Die Partei Die Linke ist daher für die strikte Einhaltung der Konnexität („Wer bestellt, bezahlt.“).

Besorgniserregend ist auch der Stau bei den Investitionen (Schulgebäude, kommunaler Wohnungsbestand, Straßen). Im ersten Quartal 2017 wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von einem Investitionsstau von 126 Milliarden Euro (Stand Juli 2017) in den Kommunen ausgegangen. Dies wirkt sich enorm auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen aus. Oftmals kann nur noch reagiert, aber nicht mehr aktiv gestaltet werden. Die Partei Die Linke fordert daher eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen. Laufende Bundesprogramme müssen verstetigt und dem Bedarf angepasst werden.

Eine Vielzahl von Kommunen kann sich nicht einmal die im Verhältnis geringen Eigenanteile an Bundesprogrammen leisten, um für nötige und allein kaum finanzierbare Investitionen Fördermittel zu bekommen. Deshalb können diese Kommunen letztlich auch nicht von den Förderprogrammen des Bundes profitieren. Darunter leidet vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge, aber auch die wirtschaftliche Standortentwicklung. Der Eigenanteil von Kommunen muss daher dringend abgeschafft werden. In der Folge dieser Entwicklungen werden ärmere Kommunen langfristig gesehen immer ärmer. Die Spaltung der kommunalen Familie in arm und reich wird dadurch massiv vorangetrieben. Wenn Erfstadt nicht bald die Kehrtwende in Fragen Kommunal Finanzen gelingt, wird Erfstadt in einen beinahe unaufhaltsamen Abwärtsstrudel des Eigenkapitalverzehr und der Überschuldung fallen.

Außerdem muss der kommunale Einnahmeanteil am Gesamtsteueraufkommen von zurzeit rund 13 Prozent angehoben werden. Daneben müssen die eigenen kommunalen Einnahmen höher und verlässlicher ausfallen. Die derzeit wichtigste kommunale Steuereinnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Sie bildet ein Band zwischen den Städten und Gemeinden und der vor Ort ansässigen Wirtschaft. Städte und Gemeinden schaffen die notwendige Infrastruktur und unterstützen sowie kümmern sich um die Ansiedlung von Unternehmen. Die Partei Die Linke will die Gewerbesteuer daher zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln, um als originäre Kommunalsteuer die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern. Dafür müssen die Bemessungsgrundlage erweitert und freie Berufe, wie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gefordert, mit einbezogen werden (siehe Anträge mit den Drucksachenummern 18/1094, 18/3838 im Bundestag). Den Gewerbesteuerhebesatz für Erfstadt wollen wir gleichzeitig senken, um Erfstadt attraktiv für Neuansiedlung und Ausbau des bestehenden Gewerbes zu machen. (siehe hierzu Maßnahmenpaket Gewerbesteuer ([VERLINKUNG](#)))

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist nach Auffassung der Partei Die Linke zu sichern, zu fördern und zu verbessern, da sie ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Finanzen ist. Kommunale Unternehmen sowie deren Gründungen müssen daher seitens des Bundes gefördert werden, vornehmlich in Organisationsformen des öffentlichen Rechts (Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts). Vorhandene Einschränkungen müssen abgebaut, interkommunale Zusammenarbeit zum Vorbild und im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen Hand erreicht werden. Soziale und ökologische Kriterien müssen für kommunale Unternehmen selbstverständlich werden. Diese Maßnahmen fördern nicht nur regionale Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und schaffen Arbeitsplätze in den Kommunen, sie sorgen auch dafür, dass vor Ort erwirtschaftetes Geld nicht abfließen, sondern den Bürger:innen vor Ort zugutekommen kann. Dies stärkt in vielerlei Hinsicht die Einnahmenseite der Kommunen. Die private Wirtschaft kann davon profitieren, wenn kommunale Betriebe Aufträge an Unternehmen in der Region vergeben (siehe Antrag mit der Drucksachenummer 18/12365 im Bundestag).

Zusätzlich muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine Gemeindefinanzreform sichergestellt werden. Seit vielen Jahren versprechen Bund und Länder eine solche Gemeindefinanzreform - passiert ist bislang jedoch nichts. Bei der vergangenen Föderalismusreform kam es zu einem kleinen Fortschritt, denn das Recht des Bundes, den Kommunen direkt und unmittelbar Aufgaben zu übertragen, ist weggefallen. Aber bei den bis dato übertragenen Pflichten bleiben die Landkreise, Städte und Gemeinden weiterhin auf den Kosten sitzen. Die Partei Die Linke fordert daher eine Gemeindefinanzreform, die 100-prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen. Außerdem will Die Linke die Übernahme aller Sozialausgaben durch den Bund (siehe dazu Antrag mit der Drucksachenummer 18/3573 im Bundestag).

Fehler können teuer werden

Fokussieren wir uns auf die lokalen Feinheiten in Erfstadt und werfen einen Blick auf Erfstädter Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen.

Neben unzähligen Fehlentscheidungen, wie zum Beispiel dem Verkauf von Projektrechten an Windkraftanlagen, dem Einstampfen der Energiegesellschaft Erfstadt, dem Kauf von Repliken von Carl-Schurz-Büsten, welche nun eingelagert verstauben, der Entscheidung, Baukosten eines Schwimmbades im Zweifelsfall über eine Erhöhung der Grundsteuer zu finanzieren, sticht eine Fehlinvestition ganz besonders heraus:

Ein trauriges Beispiel für Fehlinvestition

Schulzentrum Lechenich. Die Linke forderte seit jeher einen Neubau statt kostspieliger Sanierung im Altbestand. Der Rat der Stadt Erfstadt entschied sich aber mehrheitlich für eine Sanierung. Neben den Argumenten, die schon immer für den Neubau sprachen, wie Energieeffizienz, Flächenentwicklungspotenziale, Schulbetrieb ohne Baustelle, mehr Gestaltungs- und Anpassungsmöglichkeiten im Neubau und natürlich der Fakt, dass ein saniertes Gebäude schlicht kein neues Gebäude ist, sprechen natürlich auch finanzielle Aspekte für einen Neubau. Die Kosten der Sanierung des Schulzentrums Lechenich wurden von Anfang an viel zu niedrig angesetzt. Heute wissen wir, dass die Sanierung mindestens dreimal so teuer wird. Der Fakt, dass ein Neubau nicht nur effektiver und schneller vorangeschritten, sondern auch günstiger gewesen wäre, ist mittlerweile offensichtlich. Die mittelfristigen Einsparungen im Bereich Betriebskosten im energieeffizienten Neubau, gegenüber den voraussichtlich deutlich höheren Betriebskosten im sanierten Altbau, sind dabei noch nicht einmal eingerechnet.

Haushalt 2024/2025

Dieser, im Frühjahr 2024 durch die Bürgermeisterin Carolin Weitzel (CDU) eingebrachte Doppelhaushalt 2024/2025, wurde im Rat unter anderem gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke mehrheitlich angenommen. Die Kommunalaufsicht genehmigte den Haushaltsplan aus guten Gründen jedoch nicht und trug der Bürgermeisterin auf, den Haushaltsplan zu überarbeiten sowie ein erneutes Haushaltssicherungskonzept auszuarbeiten. Dies zeigt, dass die Entscheidung der Fraktion Die Linke, dem Haushaltsplan nicht zuzustimmen, die richtige war. Wie auch in den Vorjahren wiesen die Haushaltsplanungen grobe Mängel und diverse Fahrlässigkeiten auf. Im Ergebnis verzehrt die Stadt Erfstadt unaufhaltsam ihren kümmerlichen Rest Eigenkapital und manövriert sich weiter und weiter in eine Position der Handlungsunfähigkeit. Fehlentscheidungen der letzten Jahre, Misswirtschaft und schlechte Haushaltsführung wirken sich nachhaltig negativ auf die Haushaltsplanung aus. Wenn kein Umdenken in Sachen Kommunal финанzen stattfindet, wird sich die Stadt in einer aussichtslosen finanziellen Lage wiederfinden.

Entlasten. Gegenfinanzieren. Reformieren.

Die Linke bezieht klare Position in Sachen Haushaltsplanung und macht deutlich: Die Ausgaben der Stadt sind optimierbar und die Ausgabenpolitik ist dringend überarbeitungsbedürftig. Dennoch ist für uns eines klar: Die Ausgaben sind nicht das Kernproblem, die Einnahmenseite der Stadt schwächelt enorm. Über Jahre hinweg wurden kaum Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmensituation umgesetzt, teilweise blieben sogar lukrative Möglichkeiten zur Einnahmengenerierung bewusst ungenutzt. Auf der anderen Seite werden in sozialen Bereichen, wie Jugendarbeit Kürzungen durchgedrückt. Gleichzeitig werden Steuern angehoben, die die Einwohner:innen in Gänze stark belasten.

Die Linke plant, die Kommunalfinanzen insbesondere über Anreize für Zuzug und Neuansiedlung, sowohl von Unternehmen als auch von Bürger:innen, zu sichern. Gleichwohl kommen wir um die Erhebung von neuen Steuern und die Erhöhung von bestehenden Steuern nicht herum. Wir wollen jedoch ein sozial verträgliches und an Einwohner:innen orientiertes Steuer- und Abgabensystem herbeiführen.

Anreize setzen

Hürden senken

Entlastung für Bürger:innen

In elementaren Bereichen

Einsparpotential

Beratungskosten senken

Konsolidieren

Sparkurs für die Politik

Gegenfinanzieren

An geeigneter Stelle
und sozial gerecht

Kauf statt Miete

Eine nachhaltigere
Finanzpolitik

Einnahmen generieren

Stärkung von
Einkommensquellen

Erbbaumodelle

Eine zukunftsorientierte
Bodenpolitik

Investition statt Verbrauch

Verantwortungsvoller
Umgang mit Steuergeldern

Inhouse statt Outsource

Selbstgemacht spart Geld

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Anreize schaffen, Standorte entwickeln und Gewerbesteuer senken

Mehr Einnahmen durch Senkung der Belastungen für Gewerbetreibende

Auf Bundesebene fordern wir, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer zu reformieren, um als originäre Kommunalsteuer die Einnahmenseite der Kommunen zu verbessern. Dafür müssen die Bemessungsgrundlage erweitert und freie Berufe, wie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gefordert, miteinbezogen werden. Den Gewerbesteuerhebesatz wollen wir für Erfstadt absenken, dieser beträgt aktuell 565 Punkte. Damit ist Erfstadt in der Spitzenliste angesiedelt und erhebt mitunter die höchsten Gewerbesteuersätze in NRW. In der Vergangenheit sind bereits Unternehmen wegen der besonders hohen Gewerbesteuer aus Erfstadt abgewandert. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ist der hohe Gewerbesteuerhebesatz eine außerordentliche Belastung.

Es ist Zeit für ein Umdenken. **Wir schlagen vor, die Gewerbesteuer zu senken.** Die Senkung der Gewerbesteuer würde mittelfristig zu einer Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Erfstadt führen und auch bereits angesiedelte Unternehmen würden zu neuen Investitionen angeregt. Die Stadt Erfstadt würde mittelfristig ihre Einnahmen erhöhen, zwar würden kurzfristig Einnahmen aufgrund des niedrigeren Hebesatzes wegfallen, mittelfristig würden die Gesamteinnahmen aus der Gewerbesteuer jedoch durch Neuansiedlungen und Ausbau der Bestandsbetriebe steigen. Ebenso kann mit einer Steigerung aus Einkommensteueranteilen gerechnet werden, da mit dem Ausbau des Wirtschaftsstandortes auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Senkung der Gewerbesteuer darf jedoch keinesfalls als loses Steuergeschenk verstanden werden. Um die Zielsetzung der mittelfristigen Steigerung der Gesamteinnahmen zu erreichen, muss die Senkung als Teil eines Gesamtmaßnahmenpaketes verstanden werden.

Für eine zukunftssichere Planung schlagen wir folgende schrittweise Absenkung der Gewerbesteuer vor: **Festschreibung der Gewerbesteuer bis Ende 2027 auf den aktuellen Hebesatz von 565 Punkten, Absenkung auf 365 Punkte zum 01.01.2028 und schließlich auf 295 Punkte zum 01.01.2029.** Somit wird ein Zeitrahmen für sichere Planungen geschaffen, den die Stadt Erfstadt gleichzeitig nutzen muss, um die Senkung der Gewerbesteuer mit weiteren wirtschaftsfördernden Maßnahmen zu begleiten. Ausweisung neuer Gewerbegebiete, Errichtung eines stadteigenen StartUp- und Existenzgründungszentrums, Ausbau der Wirtschaftsförderung innerhalb der Verwaltung und gezielte Akquise von Unternehmen zur Neuansiedlungen im Stadtgebiet sind Teil des Maßnahmenpaketes.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Ein städtisches StartUp- und Existenzgründungszentrum für Erfstadt

Wir fordern die Einrichtung eines städtischen StartUp- und Existenzgründungszentrums, das Gründer:innen niedrigschwellig unterstützt – insbesondere Menschen mit innovativen Ideen für soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Projekte. Dieses Zentrum soll nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch eine nachhaltigere Wirtschaft in unserer Stadt vorantreiben. StartUps schaffen neue Arbeitsplätze, stärken die lokale Wirtschaft und machen unsere Stadt attraktiver für junge, kreative Köpfe. Durch Beratung, günstige Büroflächen, Vernetzungsangebote und Förderprogramme wird Gründer:innen der Einstieg erleichtert – besonders für Menschen ohne großes Startkapital.

Das Zentrum soll Kooperationen mit Hochschulen, Gewerkschaften und Genossenschaften fördern, um Wissen und Ressourcen solidarisch zu teilen. Bestandteil ist die besondere Förderung für Frauen, Migrant:innen und Menschen mit geringem Einkommen, um strukturelle Hürden abzubauen und eine inklusive Gründungskultur zu schaffen. Geförderte StartUps sollen verpflichtet werden, faire Löhne zu zahlen und sich an städtischen Sozialstandards zu orientieren. Mit einem sozial verankerten Gründungszentrum schaffen wir nicht nur Jobs, sondern auch eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht umgekehrt.

Erfstadt als Wirtschaftsstandort etablieren - Ausbau Wirtschaftspark

Bestehende Gewerbegebiete zu erweitern, um Neuansiedlungen und den Ausbau von bestehendem Gewerbe zu sichern, ist elementar. Der Ausbau von bestehenden Gewerbegebieten hat zudem den Vorteil gegenüber Neuerschließungen, dass bestehende Strukturen genutzt werden, verknüpfte und vernetzte Planungen möglich sind und die Entwicklungsplanungen schneller voranschreiten können. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wirtschaftspark Erfstadt weiter Richtung Osten ausgebaut wird. **Die langfristige Vision ist die Erschließung der gesamten Fläche zwischen dem aktuellen Wirtschaftspark, K44, B265 und der A1/A61 als großer, zentraler Wirtschaftsstandort für Erfstadt.** Im Zuge eines Ausbaus des Wirtschaftsparks muss ebenso die Wohnbaulandentwicklung und Verkehrsplanung weitergedacht werden.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Wirtschaftliche Optimierung bei Vermarktung von Gewerbeflächen.

Wir wollen eine **schnellere und effektivere Erschließung, Ausweisung und Vermarktung von Gewerbeflächen** erreichen. Zudem sollen Gewerbeflächen zukünftig vermehrt als Erbbauflächen vermarktet werden und so im städtischen Eigentum verbleiben. Damit wollen wir neue Gewerbe in Erfstadt ansiedeln. Durch die Vermarktung als Erbbauflächen bieten wir auch kleineren Unternehmen die Möglichkeit, sich mit eigenen Gebäuden niederzulassen. Unternehmen benötigen hierfür weniger Kapital, da die Pacht verhältnismäßig geringe finanzielle Belastung mit sich bringt. Für die Stadt Erfstadt bietet sich durch das Erbbaumodell die Möglichkeit von Generierung beständiger Einnahmen. Insbesondere der Verbleib der Flächen im städtischen Besitz wirkt sich positiv auf die Bilanz der Stadt aus. Durch die Ansiedlung neuer Gewerbe und Ausbau bestehender Strukturen werden aber auch Einnahmen über Gewerbesteuer und anteilige Steuern wie zum Beispiel Einkommensteuer erwirtschaftet.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Stärken nutzen und vermarkten

Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Kultur- und Tourismusförderung

Wir wollen Stadtmarketing für Erfstadt neu denken. Zum einen wollen wir Erfstadt als Wirtschaftsstandort verstehen und etablieren, zum anderen wollen wir viele Maßnahmen für den Ausbau von Naherholung und Tourismus vorantreiben und diese über ein starkes, funktionierendes Stadtmarketing auch entsprechend vermarkten. Hierzu planen wir die **Schaffung einer eigenen Stelle für Stadtmarketing**. Erfstadt als naturnahen und dennoch verkehrstechnisch gut gelegenen Wirtschaftsstandort zu etablieren ist die Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Diese wollen wir personell und strukturell ausbauen, fördern und fordern. **Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig viel mehr Beachtung finden und Instrumente, Gestaltungsmöglichkeiten und erweiterte Kompetenzen bekommen.** Gleichzeitig wollen wir Erfstadt als Kultur- und Naherholungsstadt ausbauen. Mit dem **Ausbau der Abteilung für Kultur zu einem Amt für Kultur- und Tourismusförderung** wollen wir auch die finanziellen Potenziale im Bereich Kultur- und Tourismusförderung endlich für unsere Stadt besser ausschöpfen. Wir planen den Ausbau von Erfstadt als Naherholungsgebiet, insbesondere im naturnahen Bereich Ober-Liblar, Ville und Liblarer See, sowie die Etablierung von Erfstadt als Kulturstadt, insbesondere mit der Schlösser- und Burgenlandschaft und der historischen Altstadt von Lechenich. **Die Stelle für Stadtmarketing, die Wirtschaftsförderung und das Amt für Kultur- und Tourismusförderung sollen durch eine Stabsstelle ergänzt werden, welche diese drei Schwerpunktbereiche unterstützt, verknüpft, vernetzt und in der Koordinierung unterstützt.**

Durch diese Maßnahmen erreichen wir unter anderem eine Attraktivitätssteigerung und Verbesserung der Lebensqualität, Neuansiedlung von Unternehmen und damit höhere Einnahmen durch Gewerbesteuern, Einnahmen durch Tourismusabgabe/Bettensteuer, Zuzug von Familien und mehr Einnahmen aus anteiligen Steuern, natürliche Steigerung von Umsätzen im Gast- und Freizeitgewerbe, einhergehend Gewerbesteuereinnahmen.

Mehr dazu im Wahlprogramm in den Bereichen:
Wirtschaftsförderung, Tourismus und Naherholung;
sowie Kultur, Stadtgeschichte und Tourismus;
sowie Politik und Verwaltung

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Gezielte Inanspruchnahme von Fördermitteln und Fördermittelmanagement

Den Bereich Fördermittelmanagement wollen wir ausbauen. Fördermittelakquise muss priorisiert werden. Insbesondere für Investitionen und Entwicklungen neuer, langfristiger Projekte wollen wir das **Fördermittelmanagement ausbauen** und die Anzahl der förderfähigen Maßnahmen in der Stadt erhöhen. Das Fördermittelmanagement soll auch die Akquise von Fördermitteln für soziale Projekte außerhalb der Stadtverwaltung stärker unterstützen.

Siehe hierzu Beispiel „Bürger:innenbus“ im Wahlprogramm - Bereich Mobilität und Verkehr

Politik kann auch sparen. Ausgaben reduzieren und Aufgaben zusammenlegen

Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse. Redundante Aufgaben und fachlich ähnliche Ausschüsse zusammenlegen. Selbstverpflichtung des Rates zur Vermeidung überflüssiger Ausschüsse: Für jeden neuen Ausschuss oder Beirat, soll ein bestehender Ausschuss aufgelöst oder zwei Ausschüsse zusammengeführt werden. **Reduzierung der Sitzungszeiten durch schlankere Prozesse und bessere Vorarbeit** der Fraktionen und der Verwaltung. **Diese Maßnahme spart nicht nur Sitzungsgeld, sondern auch wertvolle und teure Zeit der Mitarbeitenden** in der Verwaltung. Wir fordern die natürliche Reduzierung der Beigeordneten, das heißt die nächste **freiwerdende Beigeordneten-/Dezernentenstelle soll zunächst nicht nachbesetzt werden.** Reduzierung der Anzahl der Ortsbürgermeister:innen in kleinen Ortsteilen mit weniger als 2.000 Einwohner:innen, diese sollen künftig **gemeinsame Ortsbürgermeister:innen** erhalten.

Inhouse statt Outsource. Qualität und Sparpotenziale durch Eigenleistung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt künftig mehr Dienstleistungen und Aufgaben in Eigenregie erbringt, statt sie an Unternehmen zu vergeben. Diese Strategie spart langfristig Kosten, sichert gute Arbeitsbedingungen und erhält die Hoheit über öffentliche Aufgaben. Hier entsteht **kein Profitabzug**, denn Dienstleistende kalkulieren Gewinnmargen, während kommunale Eigenbetriebe kostendeckend und ohne diese Zusatzlast arbeiten. **Langfristige Kostensenkung:** die Anfangsinvestitionen sind über Einsparungen schnell refinanziert, mittelfristig spart die Stadt unter anderem an teuren Auftragsvergaben, Preissteigerungen externer Anbieter und Gewinnmargen. **Außerdem sollen Einsparpotenziale in Auslagen für Beratungsleistungen externer Anbieter aufgedeckt und umgesetzt werden.**

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Beratungskosten senken und kommunale Expertise stärken, statt externes Geld verbrennen

Wir fordern eine **drastische Reduzierung der Ausgaben für externe Berater:innen**. Statt teure Gutachten einzukaufen, soll die Stadt eigenes Personal aufbauen und auf transparente Entscheidungsprozesse setzen. Warum das gut für die Stadt ist: Millionen werden gespart. Deutsche Kommunen geben jährlich über 1 Milliarde Euro für Berater:innen aus – oft für Aufgaben, die Behörden selbst erledigen könnten. Abhängigkeiten werden beendet. Private Beratungsfirmen haben oft Eigeninteressen wie das Generieren von Folgeaufträgen – kommunale Mitarbeitende arbeiten ergebnisoffen. Manche Themen werden jahrelang von denselben Firmen teuer begleitet, ohne Ergebnis. Externe Expert:innen nehmen ihr Know-how nach Projektende mit. Eigenes Personal sammelt Erfahrung, was zu besserer Kontinuität bei langfristigen Aufgaben führt, Wissen bleibt somit in der Stadt. Konkrete Schritte wie das **Einfrieren der Ausgaben für Beratungsleistungen und Prüfung aller laufenden Verträge und Aufbau interner Kompetenzteams** (z.B. für Digitalisierung oder Bauprojekte). Vor jeder externen Vergabe soll die Möglichkeit geprüft werden, die Leistung eigenständig zu erbringen. **Einführung eines Transparenzregisters**, worüber alle Beratungsverträge mit Kosten und Zielen öffentlich einsehbar sind. Nicht jedes Beratungsmandat ist falsch, aber die Stadt soll nicht zur Melkkuh für Consultingfirmen werden. **Steuergeld gehört in Schulen, Kitas und Straßen – nicht in PowerPoint-Präsentationen.**

Digitale Verwaltung und Open Source spart bares Geld

Jedes Jahr geht zu viel Geld aus kommunalen Haushalten für die Verwendung von Lizenzen an große Softwarekonzerne. Auch die Stadt Erfstadt verwendet teure Lizenzen diverser Anbieter. Dieses Geld kann sinnvoller genutzt werden. **Wir wollen auf Open Source umstellen.** Das heißt, dass proprietäre Softwareprodukte großer Konzerne durch quelloffene Alternativen ersetzt werden. Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Dies lässt sich aber durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische Aufwand kann zudem durch **Kooperation mit anderen Kommunen** reduziert werden. Die **Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann zudem weiteres Geld sparen und Arbeitsprozesse verkürzen.** Für Bürger:innen und Unternehmen wird dies ebenfalls eine Entlastung bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht zugängliche und benutzungsfreundliche Angebote müssen ausgebaut werden.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Keine weitere Erhöhung der Grundsteuer B

Hebesätze für **Grundsteuer B** sollen auf dem Stand von 2025 für fünf Jahre festgesetzt und die Grundsteuer B in Wohnraum und Gewerbeflächen aufgesplittet werden. Die Grundsteuer B ist eine notwendige Steuer und in einem gewissen Rahmen auch gerechtfertigt, sie darf jedoch nicht zum ständigen Selbstbedienungstopf der Stadt werden. **Grundsteuererhöhungen belasten sowohl Eigentümer:innen als auch Mieter:innen, denn die Grundsteuer ist umlagefähig.**

Abgaben für elementare Bedürfnisse

Keine Erhöhung von kommunalen Abgaben wie in den Bereichen Frischwasser, Abwasser, Entsorgung und Straßenreinigung.

Schaffung und Vermarktung von Wohnraum

Schaffung und Vermarktung von Wohnraum entlastet nicht nur den Wohnungsmarkt, sondern bringt die Stadt auch finanziell voran. Wir wollen in Zukunft auf das Erbbaumodell setzen. Neues Bauland soll künftig als Erbbau vergeben werden. **Die Stadt generiert so laufende Einnahmen, die Grundstücke verbleiben im Besitz und somit im Eigenkapital der Stadt.** Vor allem junge und finanziell schwächere Familien und Bürger:innen profitieren von diesem Modell, denn sie benötigen weniger Kapital zur Finanzierung, da die Pacht eine geringere finanzielle Belastung bedeutet als ein Grundstückskauf.

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft

Wir fordern **eine städtische Wohnungsbaugesellschaft für Erfstadt** als zentrales Instrument für bezahlbares Wohnen und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. **Die errichteten Wohnungen bleiben dauerhaft im Stadteigentum und bilden so kommunales Vermögen und Mieteinnahmen fließen direkt zurück in den städtischen Haushalt.** Durch Eigenkapital und Kommunalkredite sind Bauvorhaben finanziell stabiler. Durch eigene Bebauung behält die Stadt die Wertschöpfung aus Grundstücksentwicklungen. Kontinuierliche Bauaktivität sichert lokale Arbeitsplätze im Handwerk und Baugewerbe. Sozialstaffelung der Mieten nach Einkommen, keine Mieterhöhungen bei Modernisierungen und mindestens 40 Prozent Sozialwohnungen in jedem Neubauprojekt, barrierearme und generationen-gemischte Wohnformen stellen wir in den Vordergrund. Alle Neubauten sollen in Passivhausstandard entstehen sowie Dächer und Fassaden begrünt werden.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Erbbaumodelle etablieren

Wir fordern, dass die Stadt künftig mindestens 50 Prozent aller städtischen Baugrundstücke im Erbbaurecht vergibt, statt sie zu verkaufen. Diese Regelung soll insbesondere für größere Entwicklungsflächen und Wohnbauprojekte gelten. Das Erbbaumodell sichert der Kommune langfristige Einflussmöglichkeiten und schafft faire Bedingungen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen. **Durch regelmäßige Erbbauzinsen erhält die Stadt langfristige und planbare Einnahmen statt nur kurzfristige Verkaufserlöse. Die Wertsteigerung der Grundstücke kommt der Stadt zugute.**

Die **Stadt behält das Eigentum am Boden**, dies wirkt sich langfristig nicht nur **positiv auf die Eigenkapitalquote der Stadt** aus, sondern kann auch Spekulationen und überteuerte Weiterverkäufe verhindern. Die Stadt kann gezielt günstige Erbbauzinsen für gemeinwohlorientierte Projekte (z.B. Genossenschaften, sozialen Wohnungsbau) anbieten.

Vorteile für Bauwillige: Der Verzicht auf den teuren Grundstückskauf senkt die Einstiegshürden für junge Familien, Genossenschaften und mittelständische Bauträger deutlich. Langfristige Erbbauverträge (z.B. 99 Jahre) bieten Sicherheit für private und gemeinschaftliche Bauprojekte. Die Stadt kann über die Verträge sozialen Wohnungsbau, ökologische Standards und flächensparendes Bauen fördern. Da der Boden nicht als Spekulationsobjekt dient, bleiben Mieten und Wohnkosten auch für künftige Nutzer:innen stabil. Die Stadt kann in Erbbaupachtverträgen Preisbindungen für Mietwohnungen festschreiben. Die moderate Quote von mindestens 50 Prozent ermöglicht eine schrittweise Umstellung der Bodenpolitik, während weiterhin Flexibilität für besondere Vorhaben erhalten bleibt. Das Modell schafft einen Interessenausgleich zwischen kommunaler Daseinsvorsorge und den Bedürfnissen von Bauwilligen. Wir fordern die Einführung einer verbindlichen 50-Prozent-Quote für Erbbaurechte bei städtischen Grundstücken, ein transparentes Vergabeverfahren, die Staffelung der Erbbauzinsen nach sozialen und ökologischen Kriterien sowie die regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Regelungen.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Eine städtische Energiegesellschaft

Wir fordern die Gründung einer städtischen Energiegesellschaft, die die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser in öffentliche Hand übernimmt. Die Stadt kann gezielt in erneuerbare Energien (Solar, Wind, Nahwärme) investieren und die Energiewende beschleunigen. Keine Abhängigkeit mehr von RWE, E.ON und weiteren, sondern eine stabile, einkommensabhängige Preisgestaltung und Abschaffung von Sperrern bei Zahlungsrückständen. Arbeitsplätze in öffentlicher Hand: Gute Tariflöhne, Mitbestimmung der Beschäftigten und Qualifizierungsprogramme für den ökologischen Umbau.

Klimagerechtigkeit: Die Energiegesellschaft soll gezielt in dezentrale, erneuerbare Projekte investieren. Langfristige Gewinne statt kurzfristiger Privatprofite. **Aktuell fließen Millionen an Gewinnen aus Energieverkäufen an private Konzerne ab. Eine städtische Gesellschaft hält diese Einnahmen in der Kommune.** Erwirtschaftete Gewinne können wiederum in Schulen, Kitas oder Soziales reinvestiert werden. **Aufträge für Handwerk, Installation und Wartung gehen an lokale Betriebe** statt an externe Konzerne und stärken die regionale Wirtschaft. **Neue Arbeitsplätze entstehen** in Verwaltung, Technik und Service – mit tariflicher Bezahlung und Ausbildungschancen.

Bessere Haushaltsplanung durch eigene Einnahmen. Überschüsse der Energiegesellschaft fließen direkt in den Stadthaushalt und können flexibel eingesetzt werden. Öffentliche Energiegesellschaften haben besseren Zugang zu Fördertöpfen für Energiewende-Projekte (z. B. Wärmenetze, Solaroffensiven). Die Gesellschaft arbeitet profitabel, aber ohne Ausbeutung von Kund:innen oder Beschäftigten. **Durch Mischkalkulation (z. B. Gewinne aus Gewerbetarifen gleichen Sozialtarife aus) bleibt das Modell stabil.** Jährliche öffentliche Berichte verhindern Verschwendung und sichern Akzeptanz. **Eine städtische Energiegesellschaft ist kein Kostenfaktor, sondern eine langfristige Investition** in stabile Einnahmen, mehr Gestaltungsspielraum und soziale Sicherheit. Andere Städte machen es vor – es ist Zeit, dass auch wir diesen Schritt gehen.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Kommunale Gebäudestrategie - Kauf statt Miete

Wir fordern, dass die Stadt künftig bevorzugt Gebäude erwirbt, statt sie langfristig anzumieten. Diese Strategie sichert der Kommune nachhaltige finanzielle Vorteile und mehr Gestaltungsspielraum bei der Nutzung öffentlicher Immobilien. Finanzielle Vorteile für die Stadt: **Mietzahlungen fließen dauerhaft an private Eigentümer:innen, während ein Kauf die Stadt zur Eigentümerin machen würde.** Nach Ablauf der Finanzierung entfallen die Belastungen vollständig – im Mietmodell steigen die Kosten dagegen weiter. **Wertaufbau statt Wertverlust. Erworbene Gebäude werden zu kommunalem Vermögen und stärken langfristig das Eigenkapital der Stadt.**

Planungssicherheit und Unabhängigkeit: Keine Mieterhöhungen oder Kündigungen durch Dritte, die die Stadt in teure Alternativen zwingen. Volle Kontrolle über energetische Sanierungen, die mittelfristig **Betriebskosten senken** (z. B. durch Solaranlagen oder Dämmung). Günstigere Finanzierung: Kommunen erhalten Kredite zu akzeptablen Konditionen während Mietkosten oft übersteuert sind. Umsetzung: **Priorisierung von Kaufoptionen** bei Neuverträgen (z. B. für Schulen, Kitas oder Verwaltungsgebäude). **Gezielt Objekte mit langfristigem Nutzen erwerben. Prüfung von Vorkaufsrechten** bei gewerblichen Mietobjekten, die für die Stadt wichtig sind. **Die Strategie Kauf statt Miete ist keine Ausgabe, sondern eine Investition in die Zukunft.** Sie stoppt die dauerhafte Abwanderung von Steuergeldern an Vermieter:innen und schafft stattdessen bleibende Werte für die Stadtgesellschaft.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Einführung der Grundsteuer C

Die **Grundsteuer C soll in Erfstadt erhoben werden. Diese Art der Grundsteuer wird für unbebautes Bauland erhoben.** Spekulationen werden vermieden, Bauland zurückhalten wird dadurch unattraktiv und der Anreiz, Bauprojekte zügig zu beginnen und abzuschließen, wird größer. So generieren wir nicht nur Einnahmen aus der Grundsteuer C, sondern sorgen auch mit Nachdruck für die schnellere und effizientere Bebauung und Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen.

Einführung einer Leerstandsabgabe

Wir wollen die **Leerstandsabgabe für Erfstadt einführen.** Hiermit soll in erster Linie der Wohnungsmarkt entlastet werden, aber die Leerstandsabgabe ist auch eine Einnahmequelle. Nach einer Karenzzeit von sechs Monaten ab Fertigstellung oder Freiwerden einer Wohneinheit soll eine Leerstandsabgabe in Höhe von einem Prozent des Immobilienwertes im ersten und fünf Prozent des Immobilienwertes ab dem zweiten Jahr des Leerstands erhoben werden.

Einführung einer Tourismusabgabe/Bettensteuer

Die Bettensteuer ist in Deutschland und auch in anderen Ländern eine übliche Steuer, oft auch als Kurtaxe oder City Tax bezeichnet. Kommunen können diese Steuer auf jede Übernachtung in einem touristischen Betrieb erheben und das ist tatsächlich gang und gäbe. Wir wollen die Einführung einer Tourismusabgabe/Bettensteuer für Erfstadt, um eine Einkommensquelle zu schaffen, die sich selbst maximiert. Die Steuereinnahmen wollen wir vorrangig in die Kultur- und Tourismusförderung reinvestieren.

Einführung der Pferdesteuer in Anlehnung an die Staffelung der Hundesteuer

Bislang erhebt die Stadt Erfstadt keine Pferdesteuer. Wir fordern die **Einführung einer Pferdesteuer.** Diese soll in Anlehnung an die Staffelung der Hundesteuersatzung der Stadt Erfstadt festgelegt werden.

Gehen wir ins Detail

Konkrete Forderungen

Erhöhung der Zweitwohnungssteuer

Befreiung von Studierenden und Lernenden

Wir fordern die **Zweitwohnungssteuer auf 20 Prozent (von bisher 10 Prozent)** von der Höhe des Steuermaßstabs anzuheben. **Personen, die ihre Zweitwohnung zu Unterrichts- oder Ausbildungszwecken in Erfstadt halten, sollen von der Zweitwohnungssteuer ausgenommen werden.**

Erhöhung der Vergnügungssteuer

Die Vergnügungssteuer ist eine Steuer, die unter anderem für das Ausspielen von Geld oder Gegenständen, (z.B. in Spielcasinos, Spielhallen oder Gaststätten) erhoben wird. Wir fordern, die Vergnügungssteuer anzuheben. Derzeit werden in Spielhallen bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 20 Prozent des Einspielergebnisses oder pauschal 35 Euro je Monat bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit erhoben. In Gaststätten werden derzeit 14 Prozent des Einspielergebnisses bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit oder pauschal 25 Euro je Monat bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit erhoben. **Wir schlagen die Erhöhung auf 30 Prozent des Einspielergebnisses bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit bzw. pauschal 45 Euro je Monat bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit in Spielhallen und jeweils 24 Prozent bzw. 35 Euro pauschal in Gaststätten vor.**

Die Linke Erfstadt
Im Spürkergarten 38-40
50374 Erfstadt
02235 / 1703991
KMW25@erftstadt-links.de

www.erftstadt-links.de